

Die Studenten der meisten Ingenieurschulen der Bundesrepublik und Westberlin haben das Semester abgebrochen und streiken. Damit ist einer für die Industrie effizientesten Ausbildungszweige lahmgelegt.

Im Sommer 1968 hat in Berlin bereits ein Streik stattgefunden. Anlaß waren die Forderungen der Studenten nach

- Anerkennung ihres Titels (Ing.grad) im EWG-Bereich
- Integration der Ingenieurschulen in den Hochschulbereich
- Didaktische Reformen
- Recht auf studentische Selbstverwaltung
- Mitbestimmung der Studenten

Die Forderungen orientieren sich hauptsächlich an den Hoffnungen der Ing. Studenten nach individuellem sozialen Aufstieg und haben insofern korporativistischen Charakter. Andererseits entspringt der Wunsch nach sozialem Aufstieg bei technischen Arbeitern und Ingenieuren in den meisten Fällen dem Widerspruch zwischen dem Bedürfnis nach selbstbestimmter technischer Arbeit und der Herrschaftsstruktur des Betriebes, in der der technische Arbeiter völlig für das Kapitalinteresse instrumentalisiert ist.

Die Ingenieure (Ing.grad) sind in der Regel entweder "die Vertreter des Arbeitgebers am Arbeitsplatz" (Siemens) bei der Kontrolle und Planung der Arbeit oder arbeiten in Konstruktionsbüros, in denen ihre Arbeitssituation sich nur noch dem subjektiven Bewußtsein der Ingenieure nach von der des Proletariats unterscheidet.

Die Hoffnung auf autonome Arbeit durch individuellen Aufstieg ist eine Illusion und somit der zweite Bildungsweg ein Betrug.

Der Streik der Westberliner Ingenieurschulen im vorigen Jahr war nur ein Teilerfolg insofern, als es nicht gelungen ist, die korporativistischen Forderungen zu politisieren, d.h. die Illusion der Möglichkeit der Emanzipation durch Ingenieurschulausbildung zu zerstören und gleichzeitig Perspektiven für eine sozialistische Praxis im Beruf aufzuzeigen.

Dieser Mangel hatte^(x) zwischen den Universitäten und den Ingenieurschulen.

Dieser Mangel lag auch wesentlich darin begründet, daß das zentrale Problem der Ingenieurschulagitation die sozialistische Berufsperspektive damals noch nicht im breiten Rahmen an den Universitäten diskutiert wurde. Diese Situation hat sich grundsätzlich geändert.

x(s.o.) seine Ursache auch wesentlich in der geringen Zusammenarbeit zwischen..

Wenn die Studenten der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer die Funktionalisierung ihrer Theorie für den Kampf in der Produktionssphäre ernst nehmen, so ist im Augenblick eine zentrale Aufgabe die praktische Solidarität als Streikposten und die Agitation an den Ingenieurschulen.

Neben der Frage der Vorbereitung für die Berufspraxis stellt sich auch die Frage, wie die Forderungen für die Umorganisation und die Umgestaltung-inhaltlich- des Studiums zustellen sind. Die jetzigen, total verschuldeten, mit schnell veralteten Stoff überladenen und von laufenden Leistungskontrollen begleiteten Studiengänge haben ihre Funktion in erster Linie in der Sozialisation der Studenten für das Herrschaftsgefüge im Betrieb. Zur Vermeidung der Repression wird gefordert: Herabsetzung der Wochenstundenzahl (jetzt 36), der Fächerzahl (12-14), Abschaffung der Klausuren.

Die Agitation muß weiter darauf hinzielen, daß die Studenten diese Sozialisationsfunktion durchbrechen und eine Didaktik entwickeln, die praktische Industriearbeit, theoretische Arbeit anhand exemplarischer Probleme aus der praktischen Arbeit und Analyse der betrieblichen Herrschaftsstruktur eng verknüpft.

Der Streik an den Ingenieurschulen ist von zentraler Bedeutung für die StudentInnenrevolte. Wenn die Ingenieurschulen streiken, heißt das:

- Daß der Ingenieurschulbereich, der bisher der angepaßteste und für die Industrie funktionalste Ausbildungssektor war, partiell gegen das Kapital gewendet wird.
- Daß die Genossen von den Ing.Schulen während des Streiks über Perspektiven für die Berufspraxis arbeiten können.

Das wäre ein entscheidender Einbruch in das Mittlere technologische Management,

Verstärkt haben sich aber auch die Einschüchterungsversuche der Ministerien (des Senats) der Länder und der Industrie.

Während in Nordrh. Westfalen und Niedersachsen die Kultusminister den streikenden Studenten den Ausschluß vom Studium angedroht haben, beschränken sich Dozenten und Rektoren der Berliner Akademien bisher darauf, durch Hausverbot einzelner politisch aktiver und Relegationsdrohungen die Streikenden einzuschüchtern.

Insbesondere den noch unerfahrenen Studenten des ersten Semesters wurde in Telefongesprächen mit den Eltern bei Nichtbesuch der Vorlesungen Exmatrikulation angedroht. Hausverbot erhielten inzwischen der gesamte Streikrat und die Studentvertretung der Gaußschule. Mit Hausverbot bedroht wurden alle diejenigen, die sich Plakat- und Flugblattaktionen beteiligten. Die gegen Eingriffe von Verfassungsschutz-Organen erwirkte Geheimhaltung von Adressen der an der Beuth-Akademie und der Ak. für Bauwesen Studierenden wurde gegen den Streikrat angewandt; ihm wurde die Einsicht und Benutzung der Adressen verweigert. Stattdessen wurde den Streikbrechern die Kartei zur Benutzung freigegeben und darüber hinaus Geld und Büromaterial zur Verbreitung von Flugblättern und für den Versand von Aufforderungen zur Fortsetzung des Studiums in beliebigen Mengen zur Verfügung gestellt.

Der Streikrat rechnet noch in dieser Woche mit einem Ultimatum des Senats, wie es der niedersächsische Kultusminister bereits am 2.5.69 verfügt hat: Relegation aller Streikenden. Opfer von entsprechenden Repressionsmaßnahmen der Industrie wurde inzwischen ein Mitglied des Streikrats. Ihm wurde von der Firma Siemens das Werkstipendium gestrichen. In den Firmen Bosch, Siemens, Standard Electronic findet bereits ein Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes Anwendung, nach dem streikenden Studenten während des Streiksemesters die Anstellung verweigert wird.

(Nachdruck aus der ROTEN PRESSE KORRESPONDENZ NR. 12 und 13)

MARINETREFFEN IN BREMERHAVEN AM 6. - 9. Juni

Erwartet werden 5-7000 Mariner aus der BRD und verschiedenen NATO-Ländern.

Dazu ein Kommentar der Bremerhavener Genossen vom Spartakus-Kollektiv:

"Wir meinen, daß diesem Treffen eine gewisse Bedeutung im Rahmen der Bundeswehrekampagne wie auch im Kampf gegen die NATO zukommen kann.

Die Aufgabe, dieses Treffen als Plattform für die Antibundeswehrstrategie zu gestalten, sollte daher nicht nur unserer relativ kleinen Gruppe in Bremerhaven überlassen bleiben. Falls sich innerhalb des VK oder der Bundeswehrebasisgruppe die Bereitschaft zur

Zusammenarbeit ergibt, so erbitten wir baldige Nachricht an
WOLFGANG RENTZEL 285 BREMERHAVEN BÜRGER 224

Übrigens existiert schon eine Projektgruppe für dieses Treffen, die zusammen mit der neugegründeten VK-Gruppe Bremerhaven arbeitet.

Anm. d. Red.: Diesem Schreiben lag eine Terminliste des Marinetreffens bei. Interessierte Genossen können sie bei uns einsehen.

NACHRICHTEN AUS DER BUNDESWEHR: RAKTEN - ERPROBUNGSPLATZ IN DER MELDORFER BUCHT GEPLANT

"Auf einem wichtigen Teilgebiet der wehrtechnischen Entwicklung soll das Ausland der Bundeswehr nicht länger in die Karten sehen können", schreibt der Herausgeber des internen Bonnder Mitteilungsblattes für die Rüstungsindustrie "Wehrdienst" (Ausg. 202, 19.2.69) "Seit drei, vier Jahren finanziert das Bundesverteidigungsministerium bei deutschen Rüstungsunternehmen verstärkt eine ganze Reihe vielversprechender Flugkörper-, Lenk- und Rohraffen-Entwicklungen. Um die Erprobung der Waffen von morgen nicht länger vor neugierigen Zuschauern auf ausländischen Plätzen vornehmen zu müssen, wird in der Bundesrepublik ein abgeschirmter eigener Erprobungsplatz gebaut."

Mitte Februar 1969 wurden vom Haushaltsausschuß des Bundestags 70 Millionen DM